



PRESSEMITTEILUNG des ALV M-V vom 18. August 2023

Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes warnt vor Kürzungen bei der Integration Arbeitsloser und fordert Kindergrundsicherung, Millionärssteuer und die Wiedererhebung der Vermögenssteuer

Zu den Plänen der Bundesregierung im Jahr 2024, die Mittel für die Umsetzung des SGB II um 500 Mio. Euro und auch in anderen Sozialbereichen, z.B. der Sportförderung, zu kürzen und die Kindergrundsicherung, wenn überhaupt, dann als Minimalvariante einführen zu wollen, erklärt der Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Jörg Böhm:

„Die Jobcenter haben seit dem 1. Juni 2022 mit der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine eine zusätzliche und nicht unerhebliche Aufgabe übertragen bekommen. Seit dem 1. Juli 2023 sollen die Hilfebedürftigen im SGB nach dem Konzept der Bürgerarbeit besser betreut werden – ebenfalls eine Aufgabe, die zusätzliches Personal, mindestens aber zusätzliche Mittel für die Integration erfordert. Das ist mit Kürzungen im Haushalt der Jobcenter nicht zu machen. Schon seit Jahren werden die notwendigen Personalausgaben zu Lasten der Integration langzeitarbeitsloser Frauen und Männer gedeckt. Im Ergebnis ist weniger Integration möglich. Nun steigt die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder. Eine Kürzung der Mittel verbietet sich also.

Auch in anderen sozialen Bereichen will die Bundesregierung mit der Begründung Kürzungen vornehmen, dass kein Geld vorhanden sei, so bei der Sportförderung. Und auch die Kindergrundsicherung soll, wenn überhaupt, als Minimalvariante eingeführt werden.

Das Sondervermögen für die Ertüchtigung der Bundeswehr hat gezeigt, wie man, den politischen Willen vorausgesetzt, die Schuldenbremse umgehen kann. Auch eine von der Normallage abweichende Konjunktorentwicklung sowie außergewöhnliche Notsituationen wie die Finanzkrise 2008 und die Corona-Krise machen eine begrenzte Neuverschuldung möglich.

Und nicht zuletzt würde die Wiedererhebung der seit 1998 ausgesetzten Vermögenssteuer eine passende Quelle für die Kindergrundsicherung darstellen. Andererseits stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten die Bundesregierung geprüft hat, um Steuerverschwendung und Steuerhinterziehung einzudämmen.

Welche Wirkung aber hätten stattdessen weitere Kürzungen für die Bevölkerung im sozialen und kulturellen Bereich, welche Wirkung ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft und die immer stärker um sich greifende Verunsicherung, die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg, die Angst vor Armut?

Die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit ist in den Corona-Jahren und dem ersten Jahr des Kriegs in der Ukraine so deutlich zutage getreten wie kaum zuvor. In den letzten 15 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland Entwicklungen verpasst, was sich nun schwer rächt und kaum oder nur mit ungleich größerem Aufwand aufzuholen ist. Das mag uns vielleicht noch gelingen. **Wenn jedoch die soziale Ungerechtigkeit nicht endlich abgebaut, sondern noch verstärkt wird, dann ist die Demokratie in Gefahr.**

Warum wird also die Vermögenssteuer nicht wieder erhoben, die seit dem Jahr 1998 lediglich ausgesetzt ist? Warum wird keine Millionärssteuer erhoben, wie es eine Initiative von Millionären auch in Deutschland selbst fordert? Warum werden Bundesbürger, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, nicht nach dem Beispiel der USA in ihrem Heimatland Deutschland besteuert?

Ja, das Grundgesetz stellt das Eigentum unter seinen Schutz. Es steht aber auch im Grundgesetz: Eigentum verpflichtet. Und zwar nicht zu noch mehr Eigentum, wie viele meinen. In Artikel 14 Absatz 2 heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wir brauchen endlich eine vorausschauende Politik, die die Menschen mitnimmt und nicht überfordert oder einzelne Gruppen übervorteilt.

Wir brauchen eine Politik, die den Menschen Mut macht und Zuversicht vermittelt.

Wir brauchen eine Politik, die Armut beseitigt und nicht verstärkt und die allen Menschen nach ihren Möglichkeiten lebenswerte Chancen eröffnet.

Wir brauchen eine Politik, die die Gesellschaft zusammenführt und nicht entzweit. Und wir brauchen eine auf Frieden orientierte Politik.

Die letzten Kriege Deutschlands und die gegenwärtigen Kriege weltweit sollten uns doch eigentlich eine Lehre sein.“

V.i.S.d.P. Jörg Böhm, Tel. 0176 – 20 522 612